

Internationale Energiepolitik

Dr. Robert Klinke
Auswärtiges Amt
Referatsleiter
„Internationale
Energiepolitik“
410-RL@diplo.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte zunächst dem Forschungsverbund Erneuerbare Energien recht herzlich für die Einladung zu dieser Jahrestagung danken.

Ich denke, die meisten von Ihnen nehmen in ihrer täglichen Arbeit vor allem das Bundeswirtschaftsministerium, das Bundesumweltministerium und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung als Repräsentanten der Energiepolitik der Bundesregierung wahr. Aber es ist klar: Energiepolitik ist längst kein nationales Fachthema mehr. Es ist ein hoch aktuelles Thema, das zwischen Staaten bilateral, aber auch in multilateralen Foren heiß diskutiert wird. Die internationale Politik nimmt sich des Themas zunehmend an; hängt doch das wirtschaftliche Wohlergehen der Menschheit entscheidend davon ab. Zudem ist es ein Politikfeld, in dem ein einzelner Staat allein wenig bewirken kann. Nur eine koordinierte internationale Anstrengung wird zum Erfolg führen. Das Auswärtige Amt fördert deshalb intensiv den internationalen energiepolitischen Dialog in enger Abstimmung mit den anderen Ressorts der Bundesregierung.

Denn eines ist klar: Unsere nationale Strategie für eine sichere und klimaverträgliche Energieversorgung kann nur tragfähig sein, wenn wir sie mit unseren internationalen Partnern koordinieren. Sowohl im Energie- als auch im Klimabereich können wir nicht im Alleingang handeln. CO₂-Emissionen verändern das Klima weltweit, egal, ob sie aus einem Auto in Deutschland oder einem Kohlekraftwerk in China stammen. Der deutsche Ölverbrauch beeinflusst den Weltmarktpreis über die Ölmärkte und damit auch den Verbrauch in anderen Weltregionen. Deutsche Investitionen in erneuerbare Energien und Fortschritte in der Forschung können die Preise für Anlagen senken – wir erleben es zur Zeit bei der Photovoltaik – und so weltweit weitere Investitionen in nachhaltige Energie nach sich ziehen. Erfolge und Misserfolge in der Energieforschung heute werden das weltweite Energiesystem von morgen entscheidend prägen.

Wir müssen in der Energiepolitik zunehmend global denken und global handeln. Dabei dürfen wir natürlich auch die eng mit der Energiefrage verbundenen Entwicklungsfragen nicht aus dem Auge verlieren. Weltweit sind immer noch 1,6 Mrd. Menschen ohne Strom. Sie warten auf Möglichkeiten zur dezentralen und preiswerten Energieversorgung. Um gerechte Entwicklungschancen aufzuzeigen, müssen wir den Zugang zu Energiereserven transparent gestalten und neue Wege in der Energieversorgung einschlagen, die nicht zu einer Bedrohung unserer gemeinsamen Lebensgrundlagen führen. Dabei gilt es vor allem, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und damit den Ausstoß von Treibhausgasen deutlich zu reduzieren.

National wie international stehen wir also vor einer dreifachen Herausforderung. Wir müssen

1. eine Klimakatastrophe abwenden,
2. die Energieversorgung sichern und
3. Entwicklungschancen offen halten.

Wenn wir vor dieser dreifachen Herausforderung nicht bestehen, werden die Folgen für die internationale Gemeinschaft und auch die deutschen außenpolitischen Interessen fatal sein. Wenn wir es dagegen schaffen, die richtigen Antworten auf diese drei Herausforderungen zu finden, hilft dies auch unserem außenpolitischen Ziel einer stabilen und friedlichen Weltordnung. Deshalb ist der weltweite Erfolg der erneuerbaren Energien so wichtig für unsere Außenpolitik. Erneuerbare Energien sind die einzige Antwort auf alle drei Fragen gleichzeitig. Es gibt einige Energietechnologien, die eine Teilantwort auf eine oder zwei der drei Herausforderungen geben. Der Charme von erneuerbaren Energien ist, dass ihr Durchbruch gleichzeitig die Klimakatastrophe verhindern, eine langfristig sichere Energieversorgung schaffen und allen Menschen Entwicklungschancen eröffnen wird.

Aus dieser Überlegung heraus ist es für eine verantwortliche Außenpolitik eine Selbstverständlichkeit, den Durchbruch dieser Technologien mit ihren Mitteln zu unterstützen und zu befördern.

Nachdem Kohle und Öl die erste und zweite industrielle Revolution eingeleitet haben, wird der Durchbruch von erneuerbaren Energien die Initialzündung einer regelrechten dritten industriellen Revolution sein. Deutschland ist einen großen Schritt gegangen, um diese Revolution zu beginnen. Nun müssen wir dafür sorgen, dass uns andere Staaten auf diesem Weg folgen. Denn allein wird Deutschland die Energiewende nicht schaffen. Dies sehe ich als eine zentrale Aufgabe unserer Außenpolitik. Wir müssen unseren Partnern weltweit die Vorteile eines Umstiegs auf erneuerbare Energien erklären, wir müssen ihnen Wege aufzeigen, wie sie diesen Umstieg bewerkstelligen können. Und wir müssen ihnen die Hand reichen, um diesen Weg gemeinsam zu gehen.

Gerade wir Deutsche sind hier für viele Staaten weltweit besonders glaubwürdige Partner: und zwar wegen der Erfolge unserer bisherigen Politik und wegen unserer führenden Stellung in der Forschung.

Wie erfolgreich unsere Förderung in Deutschland ist, zeigt eine Studie der Internationalen Energieagentur (IEA). Sie bescheinigt Deutschland und weiteren Staaten, darunter Dänemark, Spanien und Portugal, erneuerbare Energien am effektivsten zu fördern. Auch die IEA stellt fest, dass die durch Einspeisesysteme mit fester Vergütung geschaffene Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen ein stärkerer Anreiz für Investitionen ist als die alleinige Höhe der Tarife.

In der Tat sind die guten Erfahrungen, die wir mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz gewonnen haben, eines unserer wichtigsten Argumente. Über 40 Staaten weltweit haben bis heute dieses Gesetz nachempfunden oder sich daran orientiert, um die erneuerbaren Energien zu fördern. Unzählige weitere Staaten sind interessiert an der Übernahme des Gesetzes. Das EEG ist ein Erfolgsmodell „Made in Germany“ und damit auch ein Glücksfall für unsere Außenpolitik. Hier können wir anderen Staaten aktiv unsere Erfahrungen anbieten. Auch Vorzeigeprojekte in Deutschland – ich denke hier etwa an den zweitgrößten Solarpark der Welt in Lieberose und das Solarturmkraftwerk in Jülich, die beide vor Kurzem eröffnet wurden – machen uns zu einem weithin sichtbaren Vorkämpfer erneuerbarer Energien.

Unsere führende Rolle bei erneuerbaren Energien ist gleichzeitig eine Chance und eine Verpflichtung. Sie ist eine große Chance für die deutsche Wirtschaft, für Technologien erneuerbarer Energien „Made in Germany“. Sie ist aber auch eine große Verpflichtung. Wenn wir uns nicht auf der internationalen Bühne für erneuerbare Energien stark machen, wer dann? Deshalb setzen wir unseren guten Ruf ein, um weltweit für erneuerbare Energien zu werben.

IRENA, Solarplan Mittelmeer und Desertec

Der wahrscheinlich bisher größte Erfolg dieser Politik ist die Gründung von IRENA, der neuen internationalen Organisation für erneuerbare Energien, am 26. Januar 2009 in Bonn. Die Idee für IRENA ist in Deutschland entstanden, und Deutschland war die treibende Kraft im IRENA-Gründungsprozess. IRENA wird weltweit den erneuerbaren Energien eine Stimme geben und die Regierungen dabei beraten, wie sie die Energieversorgung ihrer Länder am schnellsten auf erneuerbare Energien umstellen können. IRENA, die es ohne das deutsche Engagement wohl nicht geben würde, hat heute bereits über 130 Mitgliedsstaaten und wird im globalen Institutionengefüge den erneuerbaren Energien den Weg ebnen. Auch Deutschland behält in der IRENA weiterhin eine gewichtige Rolle: Vom IRENA-Innovationszentrum in Bonn sollen wichtige Impulse für Weiterentwicklungen bei den erneuerbaren Energien ausgehen.

IRENA wird weltweit den Ausbau erneuerbarer Energien voranbringen. Als Europäer haben wir ein besonderes Interesse, Erneuerbare gerade in unserer Region und unserer Nachbarschaft voranzubringen. So bestehen etwa im Mittelmeerraum große Chancen für die Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen. Im Rahmen der Union für das Mittelmeer arbeiten wir daher gemeinsam mit unseren Partnern am „Solarplan“, dem Solarenergieprogramm für den Mittelmeerraum. Damit wollen wir in erster Linie die Potenziale erneuerbarer Energien rund um das Mittelmeer erschließen.

Wir begleiten intensiv auch das neue Konsortium der „Desertec Industrial Initiative“.

Dieses Konsortium kann unserem Solarenergieprogramm neue Expertise und Umsetzungschancen eröffnen. Im Rahmen der deutschen Außenpolitik wollen wir mithelfen, die Instrumente und den Rahmen zu schaffen, in dem dieses Konsortium Erfolg haben kann.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Um erneuerbaren Energien in Nordafrika den richtigen Boden zu bereiten, finanziert das Auswärtige Amt zur Zeit das von der DLR umgesetzte Programm „UniSolar“, das den Ausbau von Solarenergie in Nordafrika unterstützt.

Was wir für den „Solarplan Mittelmeer“ und – abhängig von noch zu erstellenden Machbarkeitsstudien – auch Desertec im nächsten Schritt brauchen, sind Anlagen und Netze. Die direkte Investition sehe ich nicht als Aufgabe des Staates. Für uns geht es darum, die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die vorhandenen Potenziale wirtschaftlicher Zusammenarbeit konsequent genutzt werden. Wir arbeiten dafür, notwendige Investitionen abzusichern und sinnvolle Spielregeln dafür aufzustellen, wie diese Investitionen zum besten aller Beteiligten wirken können.

Energiestrategische Partnerschaften

Neben diesen spezifischen Initiativen arbeitet das Auswärtige Amt daran, Fragen von Klimaschutz und Energiepolitik in alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik zu integrieren. Diplomatie ist heute auch Energie- und Klima-Diplomatie.

Zum einen werden wir uns zukünftig verstärkt mit Governance-Fragen auseinandersetzen. Wir wollen einen internationalen Rahmen für Energiebeziehungen schaffen, der Verlässlichkeit und dadurch mehr Sicherheit gewährleistet. Finanzierung und Produktion, Handel und Anteil von Gas, Öl und erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch werden maßgeblich über das Netz aus Institutionen und Regeln beeinflusst.

Zum anderen bauen wir auf strategische Partnerschaften mit einzelnen Ländern. Auch hier kann die Politik der Wirtschaft Türen öffnen und

umgekehrt. Dabei nutzen wir die Chancen zum bilateralen Dialog in allen Fragen der Energiebeziehungen, etwa der gemeinsamen Forschung oder dem Austausch von best practices. Auch in unseren strategischen Partnerschaften spielt der Dialog zum Thema erneuerbare Energien eine tragende Rolle.

Mit der „Transatlantischen Klimabrücke“ haben wir bereits ein Forum für den energie- und klimapolitischen Dialog mit den USA eingerichtet. Wir wollen diesen Dialog in den nächsten Monaten weiter intensivieren, insbesondere im Bereich der Energieforschung. Nicht nur mit dem Westen, auch mit dem Norden und dem Süden haben wir Energiepartnerschaften aufgebaut – ich möchte hier die Energiepartnerschaften mit Norwegen und Nigeria hervorheben; mit Angola ist eine Energiepartnerschaft zur Zeit in Planung.

Auch im europäischen Kontext setzen wir uns dafür ein, Energiefragen in unseren Außenbeziehungen stärker zu gewichten. So wird Russland ein entscheidender strategischer Partner in unseren Energieaußenbeziehungen bleiben. Ich bin überzeugt, dass wir Russland mit einer breit angelegten Modernisierungspartnerschaft noch stärker in die europäischen Wirtschaftsstrukturen integrieren können. Auch damit erhöhen wir entscheidend die europäische Energiesicherheit.

Die Rolle der Energieforschung

Welche Rolle spielt die Energieforschung für diese Bemühungen des Auswärtigen Amtes? Man kann für ein Produkt noch so viel Werbung machen – Erfolg wird das Produkt nur dann haben, wenn die Qualität stimmt. Deutschland genießt aufgrund der bisherigen Erfolge bei Erneuerbaren in Forschung, Energiewirtschaft und Politik eine große Glaubwürdigkeit. Wir dürfen uns aber nicht auf diesen Lorbeeren ausruhen. Unsere Glaubwürdigkeit müssen wir täglich neu ausfüllen, und zwar dadurch, dass wir weiter voranschreiten. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung weiter kontinuierlich erhöhen. Wir wollen die Stromnetze ausbauen, um auch angesichts einer stärkeren Einbeziehung von erneuerbaren Energien und dezentralen Kraftwerksstrukturen die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Wir

wollen unsere Energieeffizienz erhöhen. Wir wollen bessere Lösungen zur Energiespeicherung finden und anwenden, um erneuerbare Energien besser ins Netz integrieren zu können. Wir brauchen flexibler regelbare fossile Kraftwerke, Energiespeicher und besseres Lastmanagement.

Bei all diesen Aufgaben spielt Energieforschung eine entscheidende Rolle. Denn sie definiert die Machbarkeit, die Sicherheit und die Kosten dieser Maßnahmen und damit auch ihre nationale und weltweite politische Durchsetzbarkeit. Wir müssen bei der Energieforschung und bei Erneuerbare-Energien-Technologien an der Weltspitze bleiben, um als Werber für erneuerbare Energien glaubwürdig zu bleiben.

Partner, die unserem Beispiel gefolgt sind, erhoffen sich von Deutschland auch Unterstützung bei drängenden Themen wie der Netzintegration erneuerbarer Energien. Je mehr die deutsche Forschung uns in die Lage versetzt, dass wir diese leisten können, desto glaubwürdiger wird wiederum unser Anliegen.

Die deutsche Energieforschung und die deutsche Energieaußenpolitik stehen also in einem symbiotischen Verhältnis: Beide können voneinander profitieren. Herausragende Leistungen in der nationalen Energieforschung, funktionierende internationale Forschungskooperationen und vorzeigbare Ergebnisse in der Erneuerbare-Energien-Forschung sind äußerst starke Argumente für den politischen Dialog mit unseren Partnern. Das zunehmende politische Interesse an Fragen der Energieversorgung und der erneuerbaren Energien wiederum kann und wird bessere Rahmenbedingungen und neue Chancen für Forschungskooperationen eröffnen.

Auch die internationale Forschungskooperation ist ein Bereich, der in der Außenpolitik immer stärkeres Gewicht erlangt. Zum einen liegt das natürlich daran, dass ein großer Teil des Wissens in der Welt nicht in Deutschland generiert wird. Sich mit den Wissensstandorten in der Welt zu vernetzen, liegt in unserem Interesse, um dieses Wissen auch für uns nutzbar zu machen. Zum anderen lassen sich die großen Herausforderungen, vor denen die Welt steht, nur gemeinsam lösen.

Deshalb unterstützt das Auswärtige Amt die internationale Forschungskooperation mit Nachdruck. Dafür möchte ich nur zwei Beispiele nennen.

Rund 20 deutsche Auslandsvertretungen an Standorten mit hohem Innovationspotential sind mit Wissenschaftsreferenten besetzt. Dazu zählen Moskau und Washington ebenso wie Peking, Tokio oder Brasilia. Sie halten Kontakt zu den Forschungsministerien und -institutionen ihrer Empfangsländer, informieren sich regelmäßig über die neuesten Entwicklungen in diesen Ländern und berichten darüber. Sie unterstützen aber auch die Wissenschaftspolitiker, in der Forschung tätige Unternehmen, Wissenschaftler und Forscher aus Deutschland bei ihrer Arbeit im Ausland. Das Auswärtige Amt möchte das Netz der Wissenschaftsreferenten im nächsten Jahr noch verstärken.

Zweitens hat das Auswärtige Amt in diesem Jahr die Schaffung von „Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäusern,“ angestoßen. Eine ganze Reihe deutscher Forschungs- und Wissenschaftsorganisationen ist im Ausland tätig. Sie haben ausgezeichnete Projekte, bieten sehr gute Stipendien und tragen zum guten Ruf Deutschlands bei. Aber ihr Beitrag zu unserem guten Ruf könnte noch viel stärker sein, wenn sie unter einem Dach, gemeinschaftlich und abgestimmt auftreten würden. An fünf Pilotstandorten – São Paulo, Moskau, Tokyo, New Delhi und New York – haben wir deshalb mit dem Aufbau der Wissenschafts- und Innovationshäusern begonnen. Die Organisationen sollen unter deren Dach gemeinsam auftreten und ihre Dienstleistungen koordiniert anbieten. Nach der Pilotphase, die noch rund zwei Jahre dauern wird, wollen wir weitere wichtige Standorte einbeziehen. Wir würden uns über ein Interesse und eine Beteiligung des Forschungsverbands an den Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäusern sehr freuen.

Wie Sie sehen, können Diplomaten und Energieforscher sich wechselseitig in ihrer Arbeit sehr unterstützen. In diesem Sinne hoffe ich, dass diese Veranstaltung dazu beiträgt, den Dialog zwischen Diplomatie und Energieforschung zu stärken und weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu eröffnen.

